

**Zeitschrift:** DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen

**Herausgeber:** Verein DrogenMagazin

**Band:** 17 (1991)

**Heft:** 1

**Rubrik:** Reflexe

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## REFLEXE

**Spezielle Fixerräume bleiben verboten.** Es sei ganz einfach nicht möglich, eine Notschlafstelle zu führen, indem nicht gefixt werde, habe sie ihren Stadtratskollegen erklärt, sagte die Zürcher Sozialamtsvorsteherin Emilie Lieberherr gegenüber dem "Tages-Anzeiger". Diese Ansicht habe "die volle Unterstützung des Stadtrates" gefunden. Nicht toleriert werde aber nach wie vor das Einrichten von speziellen Fixerräumen in den Institutionen, da dies dem Willen des Stadtzürcher Stimmvolks widersprechen würde, das sich am 2. Dezember gegen die Schaffung von Fixerräumen ausgesprochen hatte. Eine Notschlafstelle, in der Drogen gespritzt werden, sei noch lange kein Fixerraum, differenzierte Emilie Lieberherr. Damit stimme man auch weitgehend mit der Zürcher Staatsanwaltschaft überein. Im vergangenen November hatte die Stadträtin den "Tagesraum für Obdachlose" ("Taro") geschlossen, weil dort das Konsumieren von Heroin von den Mitarbeitern geduldet worden war. Die Wiedereröffnung verzögerte sich dann, weil sich die Mitglieder des Betreuerteams nicht in der Lage sahen, das strikte Drogenverbot des Stadtrates zu garantieren. Anfang Januar wurde weiter bekannt, dass es in Zürich verschiedene private Anlaufstellen für Drogenabhängige gibt, in denen Fixerräume toleriert werden. Die Bezirksanwaltschaft Zürich ist darauf von der Staatsanwaltschaft ersucht worden, durch polizeiliche Kontrollen diesen Missbrauch zukünftig zu verhindern. sda/Landbote 14.1.1991

## REFLEXE

**"Fixerstübis" werden klar abgelehnt.** Die Westschweizer Kantone wollen in der Drogenbekämpfung am "harten Kurs" festhalten. Liberale Ideen und Experimente aus Städten der deutschen Schweiz werden in der Romandie mehrheitlich abgelehnt. Einig sind sich die Westschweizer Stände vor allem in der klaren Ablehnung von "Fixerstübis" für Opiatabhängige. Repression einerseits, gezielte Hilfe an Entzugswillige anderseits, lautet die Devise. sda/Volksrecht 27.12.1990

## REFLEXE

**Für Fixerraum.** Das Stadtparlament von Winterthur hat die Idee eines Fixerraums trotz dem Nein in der Stadt Zürich noch nicht aufgegeben: Mit 25:22 Stimmen hat es eine entsprechende Motion an den Stadtrat überwiesen. Dieser muss nun in anderthalb Jahren Bericht und Antrag unterbreiten.

TA 15.1.1991

## REFLEXE

**Mehr Notschlafplätze für Drogenabhängige in Horgen, Thalwil und Adliswil.** Im Bezirk Horgen hat sich das Angebot an Notschlafstellen für obdachlose Drogenabhängige im Vergleich zum vergangenen Jahr vergrössert. Nicht nur in Horgen und in Adliswil, wo Einrichtungen dieser Art bereits im letzten Winter bestanden haben, sondern nun auch in Thalwil finden Hilfesuchende in den kommenden Monaten eine Unterkunft für die Nacht. NZZ 26.11.1990

über die Drogenberatung zu wünschen übrig liess, schreibt die Regierung in ihrer Antwort. Daraufhin sei eine Betriebskommission eingesetzt worden, die zurzeit auch ein neues Konzept für die Drogenberatung ausarbeite.

St.Galler Tagblatt 23.11.1990

nachzugehen. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner meinen außerdem, dass die Drogenkranken regelmässig betreut würden und damit die Chance auf einen längerfristigen Ausstieg steige.

LNN 11.12.1990

## REFLEXE

**Deutsche Auszeichnung für Zürcher Interventions-Pilotprojekt.** Das Interventions-Pilotprojekt gegen Aids für die Drogenabhängigen auf dem Zürcher Platzspitz hat von der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf den Heinz-Ansmann-Preis für Aids-Forschung erhalten, der mit 25 000 Mark (gut 21 000 Franken) dotiert ist.

Wieder Presse Dienst der Universität Zürich gestern mitteilte, wurde der Preis für das "richtungsweisende, gassennahe Programm der Prävention, die medizinische Hilfe für Drogenabhängige und die daraus hervorgegangenen wissenschaftlichen Erkenntnisse" verliehen. Man hoffe, dass das Projekt auch eine signalgebende Wirkung für Deutschland haben werde, heisst es in der Laudatio.

ap/sda/LNN 30.11.1990

**Grosse Mehrheit für Straflosigkeit des Drogenkonsums.** Zürich.- Die grosse Mehrheit der Kantone, Parteien und Verbände spricht sich für die Straflosigkeit des Drogenkonsums aus und will eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes. Dies hat die Vernehmlassung zum Drogenbericht des Bundes ergeben. Dennoch ist Bundesrat Flavio Cotti vorläufig gegen diese Liberalisierung der Drogenpolitik, wie der "Sonntags-Blick" berichtet.

15 Kantone der Deutschschweiz sind dafür, dass der Gebrauch aller Drogen nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden soll. Zwei Kantone, Schaffhausen und Zürich, wollen die Straffreiheit auf den Konsum von Cannabisprodukten (Haschisch und Marihuana) einschränken. Gegen eine entsprechende Revision sind schliesslich neun Kantone, unter ihnen die gesammte Romandie, das Tessin und Appenzell-Ausserhoden. Auch bei den politischen Parteien spricht sich eine Mehrheit von FDP, SPS, LDU, GPS und GBS für die Straffreiheit des Drogenkonsums aus, während CV, SVP, EVP und LPS dagegen sind.

SDA/TA 20.12.1991

Vergleiche dazu Seite 4 in diesem Heft.

## REFLEXE

**Luzern soll Abgabe von Drogen wagen.** In einem Postulat fordern 18 Grossstadträtinnen und -räten den Stadtrat auf, "einen Versuch mit kontrollierter Abgabeharter Drogen zu wagen". Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier versprechen sich von der kontrollierten Abgabe vor allem, dass sich der Stress der Drogenkranken reduzieren lässt.

Der von den beiden Sozialdemokratinen Verena Küttel und Margaretha Reichlin lancierte Vorschlag wurde von Vertretern aller Parteien unterzeichnet. Begründet wird das Postulat damit, dass die Vereidigung der Süchtigen und die Bezahlungskriminalität zugenommen hätten und sich die Polizei nur mit Bagatelfällen beschäftigen könne. Der Versuch, kontrolliert "harte" Drogen abzugeben, müsse von Fachleuten begleitet und ausgewertet werden.

Mit dem Versuch soll erreicht werden, dass die Drogenabhängigen nicht mehr unter dem Druck stehen, täglich mehrere hundert Franken durch "Drogenhandel, Diebstahl und Prostitution" für ihren Stoff aufzutreiben zu müssen. Dies würde es ihnen ermöglichen, einer geregelten Arbeit

**Gegen eine Legalisierung des Drogenkonsums.** Der illegale Rauschgiftmarkt und die internationalen Drogenkartelle hängen laut dem Jahresbericht 1990 der Internationalen Drogenkontrollbehörde (INCB) in Wien trotz Fortschritten in der Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und Drogenhandels weiterhin wie ein *Damoklesschwert* über der Menschheit. Unter jungen Leuten scheint die Attraktivität der Drogenszene jedoch nachzulassen. Zwei erfreuliche Hinweise des Berichts zum Schluss: Das Durchschnittsalter der Kokainabhängigen in Europa steigt sowie dasjenige aller Drogenabhängigen in Skandinavien. Für Skandinavien gebe es Untersuchungen, laut denen das Interesse der jungen Leute an Drogen abnehme. In Schweden sei die

## REFLEXE

## REFLEXE

**Basler Gassenzimmer im Sommer bezugsbereit?** Das seit zwei Jahren geplante Gassenzimmer für Drogenabhängige in Basel kann nun voraussichtlich im Lauf des kommenden Sommers eröffnet werden, teilte das Justizdepartement Basel-Stadt am Montag mit. Denn das Bundesgericht hat am 13. Februar auf eine staatsrechtliche Beschwerde nicht eingetreten, die ein Rekurrent dagegen erhoben hatte, dass der Vorsitzende Richter des Verwaltungsgerichts Basel-Stadt einem Baurekurs die aufschiebende Wirkung verweigert hatte. Dieser Baurekurs muss materiell noch vom Verwaltungsgericht behandelt werden, er kann aber die Vorbereitungen nicht mehr verhindern. BaZ 26.2.91

Zahl von Rekruten und Schulkindern, die mit Drogen experimentierten, seit Anfang der siebziger Jahre um die Hälfte zurückgegangen. Entwöhnungskuren seien gefragt. Das Spritzen von Drogen nehme ab. Dänemark und Schweden zählen zu den wenigen europäischen Ländern, in denen in den letzten Jahren auch die Zahl der Drogentoten zurückgegangen sei. In Finnland gebe es Drogentote nur ab und zu.

NZZ 11.1.1991

#### REFLEXE

**Drogen-Petition der "Schweizerzeit".** Die von rechtskonservativen Zeitung "Schweizerzeit" im Herbst 1990 lancierte Petition "Schluss mit der Tolerierung von illegalen Drogenszenen" trägt 16'163 Unterschriften. Dies gab Initiant und "Schweizerzeit"-Herausgeber Ulrich Schüler bekannt. Die Unterschriften seien je zur Hälfte den Staatskanzleien der Kantone Bern und Zürich übergeben worden, schreibt Schüler in einem Pressecommuniqué.

Die Petitionäre verlangen von den Behörden eine Drogenpolitik mit dem einzigen Ziel, "Drogensüchtige dem Entzug zuzuführen". Sie wehren sich auch gegen lebenserleichternde Hilfe der öffentlichen Hand an Drogenabhängige, wenn sie nicht den Drogenentzug beschleunigen. Die Unterzeichner erachten es als Pflicht der Behörden aller Stufen, das Entstehen rechtsfreier Räume von vorneherein zu unterbinden.

SDA/TA 25.1.1991

derlande dienen der kolumbianischen Rauschgiftmafia als Haupteinfallstor für den europäischen Markt. Eine Rekordernte der Coca-Pflanze in Lateinamerika und ein gesättigter Markt in den USA haben die Drogenhändler im vergangenen Jahr nach neuen Märkten Ausschau halten lassen.

Die 4,3 Tonnen seien die grösste Menge Kokain, die im vergangenen Jahr in einem europäischen Land gefunden wurde, sagt Ernst Moeksis, Sprecher des Nationalen Ermittlungsbüros der Polizei (CRI). Dennoch hätten die Erfolge der Polizei kaum Wirkungen. Die Preise für Kokain auf dem Schwarzmarkt seien auch den grössten Beschlagnahmemaßnahmen stabil geblieben. Eddy Engelsman, Vorsitzender des Regierungsausschusses für Alkohol und Drogenpolitik, glaubt, dass die Polizei nur einen äusserst geringen Teil des geschmuggelten Kokains beschlagnehmen könne. Es liege wahrscheinlich nicht höher als 5 bis 10 Prozent. Hauptverantwortlich ist nach Einschätzung des CRI das Cali-Kartell mit Sitz in der gleichnamigen Stadt im Südwesten Kolumbiens.

Das CRI spricht von einem durchorganisierten multinationalen Unternehmen. Im Gegensatz zum Medellin-Kartell suchte das Cali-Kartell den Rat von Rechtsberatern und Marketing-Spezialisten. Es kaufe unverdächtige Niederländische Unternehmen, um mit ihrer Hilfe Kokain in grossem Stil, getarnt als Kaffee- oder Früchte sendungen, ins Land schmuggeln zu können. LNN 15.1.1991

Gesundheitswesen erstellt wurde. Damit ein Arzt einem Süchtigen Kokain verabreichen kann, ist jedoch eine Bewilligung der jeweiligen kantonalen Gesundheitsbehörde erforderlich. Laut Informationschef Jean-Bernard Rameletha aber noch keine einziger Kantondie kontrollierte Abgabe dieser harten Droge erlaubt.

Die Abgabe von Heroin zu Therapiezwecken ist gemäss dem Gutachten lediglich im Rahmen eines zeitlich beschränkten Versuchs "denkbar". Der Informationschef erklärte, das Bundesamt werde wahrscheinlich einen solchen Versuch vornehmen, um Erfahrungen zu sammeln. Insbesondere die Basler Regierung hatte sich dafür stark gemacht.

SDA/TA 17.10.1990

Otto Mosimann, Präsident der Stiftung Contact, betonte, dass sich seine Institution Mühe gebe, allen "Junkies" (Fixern) zu helfen. Nach seinen Angaben ist das Drogenproblem ein hochkomplexes Gebilde. Immer wenn Contact, die Polizei oder sonst jemand etwas in der Drogenszene unternehme, bewirke man auch an einem anderen Ort etwas. Eine Contact-Mitarbeiterin berichtete, dass Dealer vor der Polizei in den Fixerraum an der Nägelgasse flüchteten. Das Contact-Team müsse dann die Dealer wieder aus der Anlaufstelle drängen. BZ 29.1.1991

#### REFLEXE

**Verletzung beim Fixen kein Unfall.** Ein Drogenkonsument, der sich mehr oder weniger regelmässig Heroin unter die Zunge spritzt, kann sich nicht an die Unfallversicherung halten, wenn der Schuss zu einem Zwischenfall mit schweren Folgen führt. Laut einem Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes (EVG) ist die Heroininjektion in solchen Fällen kein gewöhnlicher äusserer Faktor, weshalb auch kein Unfall im Rechtssinn vorliegt.

NZZ 3.12.1990

#### REFLEXE

**Drogenboss verhaftet.** Einer der wichtigsten Verbindungsmänner der kolumbianischen Drogenmafia in Spanien, der Galicier José Ramon Prado Bugallo (34), ist verhaftet worden. Wie ein Sprecher der Polizei am Dienstag vor der Presse sagte, wurde Bugallo, alias "Sito Minanco", am vergangenen Samstag in einer Villa in einem Vorort von Madrid gefasst.

TA 23.1.1991

#### REFLEXE

**Drogenboss stellt sich.** Eines der meistgesuchten Mitglieder des berüchtigten Drogenkartells von Medellin, Jorge Luis Ochoa, hat sich am Dienstag unerwartet den kolumbianischen Behörden gestellt. Ochoa, der in der Hierarchie der Rauschgiftmafia an zweiter Position rangiert, wurde in eine Haftanstalt in einem Vorort von Medellin gesperrt.

ap/LNN 24.1.1991

**Scientologen gründen Anti-Drogen-Verein.** In Neuenkirch ist ein neuer Verein "Sag nein zu Drogen" gegründet worden. Der Verein wird bei seiner Arbeit durch die Scientology-Kirche unterstützt, sei jedoch finanziell und personell völlig eigenständig, wie er in einer Mitteilung schreibt. Der Verein will vor allem Präventionsarbeit leisten und das Bewusstsein über die Schäden von Drogen-, Alkohol- und Medikamentenmissbrauch fördern. Erste Präsidentin ist Monika Bürkli, Neuenkirch.

Mitglieder der "Scientology-Church" haben ihre landesweite Kampagne "Sag nein zu Drogen" jetzt durch eine Vereinsgründung untermauert. In publikumsbewussten Veranstaltungen und gezielten Aktionen in Schulen und Jugendtreffs sollen vor allem junge Leute vor Drogenkonsum gewarnt, aber auch Vereinsmitglieder geworben werden. Längerfristig hoffen die Scientologen, ihr umstrittenes Rehabilitationsprogramm "Narconon" in der Deutsch-Schweiz etablieren zu können.

LNN 15.1.1991,  
Volksrecht 24.1.1991

#### REFLEXE

**Drogen-Überwachungssystem?** Europarat-Studie will Einheitsdaten aus 13 Drogen-Städten. Zürich will, zusammen mit 12 weiteren Städten in Ländern des Europarats, eine vollständige, anonymisierte Datensammlung über erstmalige "KlientInnen" von Hilfseinrichtungen in der Drogenszene anlegen. Damit soll eine spätere Dauererfassung der Drogenabhängigen "zentralem Informations- und Dokumentationssystem" getestet werden. Massiver Widerstand und die geringe Zahl an Zusagen könnten die Pilotstudie in Zürich zu Fall bringen. Volksrecht 23.11.1990

#### REFLEXE

Doch nicht ganz kulturfremd scheint Marihuana zu sein: Nach den Opiatrezeptoren im Gehirn sind nun von Forschern auch Ankerplätze für den Wirkstoff Tetrahydrocannabinol entdeckt worden, dem legendär ominösen THC, dessen Willen Haschisch vorwiegend konsumiert wird. TA 11.9.1990

#### REFLEXE

**Kokain-Abgabe für Therapie zulässig.** Bern.- Die Abgabe von Kokain an Drogenabhängige ist - analog der Ersatzdroge Methadon - zu therapeutischen Zwecken und unter ärztlicher Aufsicht rechtlich zulässig, dies gilt aber nicht für Heroin. Zu diesem Schluss gelangt ein Gutachten des Bundesamtes für Justiz, das im Auftrag des Bundesamtes für

Niederlande sind Haupteinfallstor für europäischen Markt. Die Nie-